

Medienmitteilung

UKW: Wer muss Schawinskis Suppe auslöffeln?

Das Parlament hat den UKW-Ausstieg in letzter Minute politisch gestoppt. Das Bundesamt für Kommunikation (BAKOM) muss diesen Fehlentscheid nun umsetzen und schreibt deshalb die UKW-Frequenzen ab 2027 neu aus. Damit wird möglich, was medienpolitisch längst erledigt sein müsste: die Verlängerung einer teuren analogen Verbreitungstechnologie, deren Zukunft vorbei ist.

Ausgeschrieben ist heute aber nur ein Teil aller UKW-Frequenzen. Die SRG sowie Veranstalter mit Leistungsauftrag und Gebührengeldern werden regulatorisch bevorzugt. Sie können ihre bisherigen UKW-Frequenzen weiter nutzen, wenn sie dies wollen.

Endlich: Frequenzen werden ausgeschrieben

Alle übrigen UKW-Frequenzen, die bisher Radios ohne Gebührengelder zugeteilt waren, können hingegen nicht erneut verlängert werden. Endlich: Nach sage und schreibe 18 Jahren werden diese Frequenzpakete wieder ausgeschrieben. Das ist der Beharrlichkeit jener Kräfte zu verdanken, die seit Jahren darauf hingewiesen haben, dass Frequenzen ein öffentliches Gut sind und nicht auf Dauer faktisch privatisiert werden dürfen.

Die Ausschreibung erfolgt allerdings unter Bedingungen, die aus dem kurzfristigen politischen Entscheid zur UKW-Verlängerung entstanden sind. Dem BAKOM blieb dafür kaum Zeit: Die bisherigen UKW-Konzessionen laufen Ende 2026 aus, die neuen Konzessionen müssen bereits ab 2027 greifen. So kann keine echte Öffnung des Marktes entstehen.

Denn wer neu auf UKW senden will, muss innert kürzester Zeit ein teures analoges Netz planen, bewilligen lassen, finanzieren und in Betrieb nehmen. Dadurch werden bestehende UKW-Veranstalter strukturell massiv bevorzugt. Sie verfügen bereits über eine kritische Grösse und können auf bestehende, grösstenteils abgeschriebene Antennennetze zurückgreifen. Dazu kommt, dass ein erster Standort spätestens 90 Tage nach Konzessionsbeginn in Betrieb genommen werden muss. Dabei kann sich allein schon ein Baubewilligungsverfahren für eine Antenne über Jahre hinziehen.

Absehbar: Wer drin ist, bleibt drin

Für neue Veranstalter ist die UKW-Verbreitung zudem geradezu prohibitiv teuer, und zwar schon bevor ein einziger Sender gebaut oder betrieben wird. Ein Beispiel: Für ein grosses Verbreitungsgebiet wie Zürich mit rund 2 Millionen Personen fallen jährlich mindestens 10'000 Franken Funkkonzessionsgebühr an. Hinzu kommt eine Verwaltungsgebühr von 40 Franken pro 1'000 Personen im Sendegebiet, also 80'000 Franken pro Jahr. Allein die jährlichen Gebühren liegen damit bei rund 90'000 Franken. Noch nicht enthalten ist ein

allfälliger Auktionspreis. Die vorgesehene Auktion bei mehreren Bewerbungen für das gleiche Frequenzpaket ist zwar aus Sicht einer raschen und praktikablen Vergabe verständlich, bevorzugt aber ebenfalls kapitalkräftigere Veranstalter.

Damit ist absehbar, dass auf UKW auch künftig nur das Kartell der bisherigen und grösstenteils ähnlich tönenden Sender zu hören sein wird. Allenfalls verändern sich einige Empfangsgebiete. Für UKW gilt: Wer bereits Frequenzen und Sendernetze hat, bleibt drin; wer neu und anders ist, bleibt draussen.

Dabei befindet sich die Radiobranche in einem tiefen Strukturwandel. Gerade die grossen UKW-Vollprogramme verlieren beständig Reichweite und Umsatz, ihre Verluste nehmen zu. Gleichzeitig zeigen kleine, klar positionierte und innovative Nischenradios, dass Wachstum möglich ist: mit erkennbarem Profil, hoher Bindung und digitaler Auffindbarkeit.

Der wahre Schildbürgerstreich

Roger Schawinski hat nach dem Parlamentsentscheid zur UKW-Verlängerung triumphiert und von einem verhinderten «Schildbürgerstreich» gesprochen. Er sagte auch: «Wenn ich nicht gewesen wäre, hätte man schon im '22 abgestellt.» Nun stellt sich die eigentliche Frage: Wer muss Schawinskis Suppe auslöffeln?

Die Antwort lautet: am Ende die Branche selbst. Wer UKW verlängert, verlängert Kosten und Unsicherheit. Wer jetzt ein UKW-Frequenzpaket erwirbt, gibt viel Geld aus, um die kleine und weiter schwindende Minderheit jener Hörerinnen und Hörer zu erreichen, die heute noch Radio ausschliesslich über UKW empfängt. Viel Geld, das anderswo fehlt. Dass Schawinski und Co., die an der teuren Doppelverbreitung festhalten wollen, ausgerechnet jetzt nach staatlicher Unterstützung für ihre Programme rufen – ist das nun eine lächerliche oder zynische Pointe der ganzen UKW-Saga?

Für die UNIKOM-Radios jedenfalls ist klar: Ihre vorhandenen Mittel werden dorthin fliessen, wo sie publizistisch wirken, nämlich in Inhalte, Innovation und Vielfalt.

Zürich, 4. Juni 2026